

Die calvinistische Ethik und der Geist des Föderalismus

In den USA ist er ein Klassiker, in Europa wäre es an der Zeit, ihn neu zu entdecken: Johannes Althusius hat zu Beginn des 17. Jahrhunderts ein Staats- und Gesellschaftsmodell entworfen, das in den Krisen des frühen 21. Jahrhunderts aktueller ist denn je.

Christiane Bender, Hans Grassl 1.12.2018, 05:30 Uhr



Blutige Kämpfe um die Vormacht prägten Europa im 17. Jahrhundert – Johannes Althusius suchte den Frieden mit einem Konzept der Gewaltenteilung zu befördern (Ölgemälde von Jan van Leyden, 1669).

Der Staatstheoretiker Johannes Althusius war ein ebenso bedeutender wie engagierter Verfechter der Selbstbestimmung europäischer Gemeinschaften. Im 17. Jahrhundert wiesen seine Ideen einen Weg, blutig ausgetragene Kämpfe um die Vorherrschaft in Europa mithilfe föderaler und subsidiärer Gewaltenteilung zu befrieden. Sein wichtigstes Werk, die «Politica Methodice Digesta» (1603), gilt als erste mit wissenschaftlichen Methoden erarbeitete Abhandlung einer Staats- und Gesellschaftsordnung innerhalb des Protestantismus. Mit Blick auf heutige Krisen ist nun zu fragen: Kann eine Rückbesinnung auf den vor 380 Jahren gestorbenen Althusius (1563–1638) im 21. Jahrhundert zur Lösung von Konflikten in und zwischen den Staaten Europas beitragen?

Drängende Probleme bereiten den Europäern Sorgen: Was wird aus den oftmals hart erkämpften Autonomierechten von Regionen in zentralistisch regierten Nationalstaaten wie Spanien, Italien und Frankreich, wenn diese ihre Souveränitätsrechte an die Europäische Union abtreten sollen? Werden die Bundesstaaten, die Länder in Deutschland, Österreich und Belgien, ihre Eigenstaatlichkeit beibehalten? Wie können künftig die Beziehungen der EU zu Grossbritannien geregelt werden? Im Kern geht es bei all diesen Fragen um das Thema, dem sich Johannes Althusius lebenslang widmete: die Teilung der politischen Gewalten, ob in einem Staat oder in einem Staatenbund.

Darüber wird in Europa seit alters gestritten. Denn schon in der frühen Neuzeit, aber spätestens nach dem Westfälischen Frieden (1648) führten zwei unterschiedliche Wege, so die These des Historikers Charles Tilly, zur Gründung moderner Staaten: der hierarchisch-zentralistische und der kooperativ-föderale. Demnach erlangte ein Staat oder ein

Zusammenschluss von Staaten entweder Souveränität durch die Zentralisierung aller politischen Macht an der Spitze der Gesellschaft, oder die Souveränität wurde, möglichst uneingeschränkt, dezentral von den gesellschaftlichen Gliederungen an der Basis des Staates ausgeübt.

Von unten nach oben

Der erste Weg, vorwiegend in den katholischen Ländern wie Frankreich und Spanien umgesetzt, entsprach der Idee des Franzosen Jean Bodin (1529–1596) von einem absolutistischen Herrscher, der von Gottes Gnaden die Gewalt des Staates auf sich allein vereint. Dagegen wurde der zweite Weg von den Schweizer Kantonen, den deutschen Reichsstädten, der Republik der Vereinigten Provinzen der Niederlande und in den neugegründeten Kolonien in Nordamerika unter dem Einfluss des Calvinismus eingeschlagen. Dort entschieden vorhandene Gemeinschaften, Städte und Regionen ihre Angelegenheiten souverän mit eigenen Repräsentationsorganen.

Eben dafür hat Johannes Althusius gekämpft. Eine Zuspitzung der höchsten Gewalt auf den Monarchen, gar auf einen Erbmonarchen, lehnte er strikt ab, stattdessen trat er dafür ein, dass die höchste politische Macht unübertragbar und unteilbar beim Volk und seinen Gliederungen liegt. Die Ausübung von Herrschaft sollte dabei von «unten nach oben» durch Übertragung und Überantwortung von Ämtern und Aufgaben erfolgen, kontrolliert und zeitlich befristet. «Als Verwalter, Statthalter und Lenker der Rechte der Souveränität erkenne ich den Herrscher an. Als Eigentümer und Nutzniesser der Souveränität aber keinen anderen als das gesamte Volk, das aus mehreren kleineren Gemeinschaften zu einem symbiotischen Körper vereinigt ist.» Ausdrücklich befürwortete er das Recht auf Widerstand gegen einen Herrscher, der die ihm anvertraute Macht missbraucht.

Das Leben von Johannes Althusius (beziehungsweise Johannes Althaus beziehungsweise Juan Altusio) war geprägt vom Achtzigjährigen Krieg der Niederlande gegen die religiöse und politische Vorherrschaft der spanischen Krone. Der Krieg begann vor 450 Jahren, als die Grafen van Hoorn und Egmont, zwei Wortführer für mehr niederländische Selbständigkeit, am 5. Juni 1568 in Brüssel durch den spanischen «Blutrat» unter dem Herzog von Alba verurteilt und hingerichtet wurden. Goethe behandelt dieses Schlüsselereignis in der Tragödie «Egmont». Erst im Jahre 1648 beendete der Westfälische Frieden diesen Krieg mit der Anerkennung der Republik der Vereinigten Niederlande und der Schweiz durch Spanien, Kaiser und Reich.

Engagement in Emden

Was wissen wir über die Lebensumstände und die religiöse Sozialisation von Althusius? Da ist zunächst der kleine Ort Diedenshausen, unweit von Bad Berleburg in der ehemaligen Grafschaft Wittgenstein. Dort wurde er vermutlich im Jahre 1563 als Sohn eines Mühlenbesitzers geboren und wuchs in einer bereits vom reformierten Glauben geprägten dörflichen Gemeinschaft auf. In Marburg besuchte er eines der ältesten protestantischen Gymnasien, das Philippinum. Danach studierte er in Köln, später in Basel und erkundete

Genf, nur eine Generation nachdem Johannes Calvin dort einen reformierten Gottesstaat errichtet hatte.

«Eine engagiert-calvinistische Theologie mit stadtbürgerlich-humanistischer Weltoffenheit und genossenschaftlich-frühdemokratischen Formen des politischen Lebens» prägten beide Schweizer Städte, wie der Theologe Karl-Wilhelm Dahm treffend beschreibt. Nach der Promotion zum Doktor der Rechte in Basel wurde Althusius 1586 zum ersten Rechtsgelehrten an die calvinistisch-reformierte Hohe Schule Herborn (Academia Nassauensis) berufen, gegründet als ideologische Bastion gegen die Gegenreformation. In Siegen, wohin die Hohe Schule für kurze Zeit umgezogen war, amtierte er als deren Rektor.

1604 gab Althusius seine Professur auf, um einem Ruf zum Syndikus als ständigem Rechtsberater von Stadt und Rat nach Emden zu folgen, dem «Genf des Nordens», einer der damals wichtigsten Hafenstädte Nordeuropas. Dort setzte er sich tatkräftig für die Stadt in ihrem Kampf um Bewahrung und Ausbau kommunaler Eigenständigkeit gegen feudale Vormundschaft ein. Viele calvinistische Glaubensflüchtlinge aus Frankreich, den Niederlanden und Flandern, die im neutralen Emden Sicherheit suchten, brachten neues Wissen, Fertigkeiten, internationale Kontakte und wirtschaftlichen Wohlstand in die Stadt. Drei Jahrzehnte lang übte Johannes Althusius das Amt in Emden aus und blieb dort bis zu seinem Lebensende.

Angewandter Calvinismus

In der «Politica» setzte Althusius die calvinistische Lehre, dass Gott dem Volk als Ganzem die gesellschaftliche Macht übertragen habe und somit die kirchlichen Institutionen über ein von der Gemeinde gewähltes Presbyterium aufzubauen seien, in das Modell eines modernen Staates um. Von der Familie über Nachbarschaften, die beruflichen Zünfte, die Genossenschaften, die Bezirks- und Landschaftsverbände bis zur politischen Herrschaft wird Stufe um Stufe der Staat hervorgebracht. Auf jeder Stufe werden «Ephoren» (Vorsteher) gewählt, die die Gemeinschaft nach innen und aussen verkörpern. Für die Bewältigung von Aufgaben, die über ihren Einflussbereich hinausweisen, schliessen sie Verträge und Bündnisse mit den Ephoren anderer Gemeinschaften. Zusammen wählen sie die politischen Repräsentanten der «Städte, Provinzen und Regionen», die vereinbaren, «durch wechselseitige Verbindung einen gemeinschaftlichen Körper zu bilden», den Staat.

Althusius bettet somit seine Analyse des Politischen – quasi empirisch-soziologisch verfahren – in eine Soziallehre von bestehenden Gemeinschaften (consociationes) und Körperschaften (corporationes) ein. Sein Anliegen besteht darin, ganz im Sinne des Calvinismus, die Gemeinschaften als Existenz- und Bewährungsgrundlage der Menschen zu erhalten und nicht mit der Verlagerung ihrer Selbstbestimmungsrechte auf übergeordnete Ebenen auch ihre Verantwortlichkeit zu schwächen.

In seiner berühmten Studie «Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus» (1905) untersuchte Max Weber den engen Zusammenhang zwischen der calvinistischen Ethik als massgeblicher sinnstiftender Handlungsvorlage im Verhalten der Wirtschaftssubjekte und

[der Herausbildung des Kapitalismus](#). Diese Interpretation des Calvinismus greift jedoch zu kurz: Der Calvinismus ist auch und vor allem Geburtshelfer demokratischer Institutionen und demokratischer Mentalitäten, die sich im Zuge des Strebens nach Unabhängigkeit der Gläubigen während der Reformation entwickelten.

In den USA ein Klassiker

Auch wenn heutzutage in vielen Staaten Religion an Bindungskraft verliert: Die aus dem Calvinismus resultierenden politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhaltensprägungen der Individuen wirken weiterhin. Mit dem Calvinismus in Europa und durch ausgewanderte reformierte Siedler in Amerika breiteten sich die politischen Ordnungsideen von Johannes Althusius rasch aus. In den USA gilt er bis heute als Pionier des Föderalismus, der zentrale Gründungsideen der Vereinigten Staaten formulierte. Die Väter der amerikanischen Verfassung waren mit seinen Ideen vom Aufbau der staatlichen Ordnung von unten her vertraut und von ihnen beeinflusst. Die «Politica» wird dort bis heute als politikwissenschaftlicher Klassiker geschätzt.

Im Jahr 1762 hat der in Genf calvinistisch sozialisierte Jean-Jacques Rousseau den Gedanken der Volkssouveränität zur Grundlage seiner Schrift über den Gesellschaftsvertrag gemacht, die in Amsterdam erschien. Darin bezeichnet er sich als «Bürger von Genf» und stolz, «als Bürger eines freien Staates geboren zu sein und Glied des Souveräns». Im Unterschied zu Althusius geht Rousseau davon aus, dass das Volk, ausser der Volksversammlung, über keine politischen Gliederungen verfügen sollte. Strikt lehnt er Formen der Korporation, der Delegation und der Repräsentation ab; sie könnten den Volkswillen verzerren, ja schwächen.

Die Französische Revolution folgte ihm hierin und zerschlug die meisten überkommenen intermediären Gemeinschaften zwischen Regierung und Volk. Bis heute zeigen sich die langanhaltenden Folgen in den konfliktreichen Versuchen der zur Provinz herabgesetzten alten europäischen Landschaften, von der Bretagne bis nach Korsika, sich aus dieser Degradierung zu befreien.

Ausstieg nicht möglich

Die Herausforderungen, auf die ein nach zukunftsfähigen Formen der vertikalen Gewaltenteilung suchendes Europa antworten muss, kommen aus dem Innersten der europäischen Gesellschaften. Ein wichtiger Schritt zur Lösung der innereuropäischen Konflikte bestünde in der vorbehaltlosen Anerkennung, dass die Gesellschaften aus ihren jeweiligen zentralistischen oder föderalen Traditionen sowie aus ihren je eigenen historischen Entwicklungspfaden und Institutionen nicht einfach aussteigen können und es vielfach auch nicht wollen: Die Wiederentdeckung von Johannes Althusius, das erneute Studium seiner «Politica» und die Erinnerung an die Entstehungsbedingungen des Achtzigjährigen Krieges sind nicht nur von historischem Interesse. Sie könnten dem Management der akuten Krisen, wie der drohenden Sezession Kataloniens vom spanischen Staat, den Weg weisen.

Die symbolische Spitze dieses Staates mag heute nicht wie im Falle der Sezession der Niederlande von Spanien ein König Philipp II., sondern ein König Philipp VI. sein. Aber die gegensätzlichen Vorstellungen der Konfliktparteien über die Rechte, sich selbst zu regieren, prallen wie ehemals aufeinander: Einer beleidigten Zentralregierung, die alle Souveränitätsrechte bei sich versammelt glaubt und der Region Autonomierechte zuteilt, steht eine empörte Provinz gegenüber, die ihr Recht als gleichberechtigtes souveränes Subjekt innerhalb föderaler Strukturen einfordert.

Christiane Bender ist Professorin für Soziologie an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg, Hans Grassl Professor für Soziologie am Zentrum für politische und soziologische Bildung der Universität Siegen.